

Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland

Thomas Gensicke

In diesem Jahr erschien die Studie »Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde«. Sie präsentiert eine umfassende Untersuchung der ostdeutschen Engagementkultur. Es geht besonders um die vertiefende Erschließung längerfristiger Besonderheiten der ostdeutschen Zivilgesellschaft. Daraus wird eine Förderstrategie des Bürgerengagements abgeleitet, die den Besonderheiten Ostdeutschlands gerecht wird. Es zeigt sich, dass moderne Ansätze der Engagementförderung in Ostdeutschland noch wichtiger sind als in Westdeutschland.

Die Prägekraft traditioneller sozialer Milieus und der Verwurzelung im örtlichen Milieu für das bürgerschaftliche Engagement ist in Ostdeutschland geringer als (immer noch) in Westdeutschland. Die gut verdienende Mittelschicht und Menschen, die schon lange im Heimatort verwurzelt sind, engagieren sich in Westdeutschland besonders aktiv, nicht so in Ostdeutschland. Engagement ist in Ostdeutschland weniger als in Westdeutschland selbstverständlicher Bestandteil des Lebensstils der materiell gehobenen und lokal integrierten Milieus. Von den Lebensbedingungen mäßig und weniger gut Etablierte sowie örtlich mobile Menschen erbringen dagegen in Ostdeutschland einen deutlich höheren Anteil am bürgerschaftlichen Engagement als in Westdeutschland.

Höhere Bildung, großes politisches Interesse und zivilgesellschaftliche Werte führen bei Ostdeutschen und Westdeutschen gleichermaßen zu hohem Engagement in der Zivilgesellschaft. Besonders fehlt allerdings in Ostdeutschland (gemessen an Westdeutschland) das Engagement von Menschen mit mittlerem Bildungsstatus und mittlerem politischem Interesse. Außerdem ist das politische Interesse in Ostdeutschland geringer. Ideelle Mobilisierung wäre somit in Ostdeutschland besonders wichtig für mehr zivilgesellschaftliches Engagement, besonders, wenn das Motiv über die Verbesserung der eigenen Lebenslage hinausgehen soll. Die nach wie vor nur mäßige Akzeptanz des politisch-sozialen Systems in Ostdeutschland ist neben den materiellen und sozialen Problemen ein zusätzlicher ideeller Hemmschuh für die weitere Entwicklung der ostdeutschen Zivilgesellschaft.

Engagement ist in Ostdeutschland deutlich mehr auch als Beitrag zur Verbesserung der eigenen materiellen und sozialen Lebenssituation gemeint. Umgekehrt führt jedoch eine gute materielle und soziale Lebenssituation in Ostdeutschland weniger zu dem im Westen typischen Verhalten, durch Engagement an die Gesellschaft etwas vom eigenen Wohlbefinden »zurückgeben« zu wollen.

Die Sozialstruktur ist in Ostdeutschland wegen der beiden sozialen Umbrüche nach dem Krieg und nach der Wende weniger traditionell geprägt. Dadurch ist auch das Engagement weniger sozial hierarchisch strukturiert wie in Westdeutschland: In Ostdeutschland engagieren sich eher sozial Gleiche mit Gleichen und weniger als in Westdeutschland materiell gut Etablierte für schlechter Gestellte.

Der soziale Umbruch hat den ländlichen Raum im Osten härter getroffen als die Ballungsräume. In Ostdeutschland sind die Ballungsräume im Moment die Motoren der Zivilgesellschaft, in Westdeutschland nur deren sozial etablierte Randgebiete. Vor allem in der ländlichen Fläche jenseits der Ballungsräume gibt es in Ostdeutschland (gemessen an Westdeutschland) inzwischen deutliche Lücken in der öffentlichen Infrastruktur. Die Ausdünnung der »öffentlichen Orte« gefährdet auf Dauer die soziale Integration und damit auch die demokratische Kultur. In Ostdeutschland ist die Frage der öffentlichen Infrastruktur besonders wichtig für die Stützung der Zivilgesellschaft. Der ländliche Raum, besonders ostwärts der Elbe, muss daher aus historischen, strukturellen und die Demokratie stabilisierenden Gründen ein bevorzugtes Fördergebiet der Bürgergesellschaft sein.

In Ostdeutschland müssen sich wegen der geringeren sozialen und lokalen Vorstrukturierung die Menschen vor allem durch eigene Initiative Engagementmöglichkeiten suchen, die in Westdeutschland vermehrt durch die stabileren Sozial- und Lokalmilieus sowie die besser ausgebaute öffentliche und zivilgesellschaftliche Infrastruktur bereit gestellt werden. Aber auch in Westdeutschland bröckeln diese Strukturen, vor allem in den Kerngebieten der Ballungsräume mit hohen Anteilen von Migrant/innen.

Der Fall Ostdeutschland zeigt besonders, dass bürgerschaftliches Engagement auf ein Minimum an öffentlicher Struktur nicht verzichten kann. Normalerweise baut es (wie in Westdeutschland) auf dieser Struktur auf, ergänzt und bereichert sie, bringt ihre Grundfesten jedoch nicht hervor. Öffentliche und zivilgesellschaftliche Infrastrukturförderung ist in Ostdeutschland besonders gefragt, wird aber auch in Westdeutschland wegen zunehmender sozial desintegrativer Entwicklungen wichtiger. Oft ergeben in der ostdeutschen Bürger- und Zivilgesellschaft die Wirkungen ökonomischer »Knappheit« und innovativer Entwicklungen ein besonderes Gemisch aus Risiken und Chancen der gesellschaftlichen Entwicklung. Hauptrisiko ist das Zusammenwirken von Abwanderung, demografischem Niedergang und einem Rechtsradikalismus, der soziale Lücken mit einer dumpfen Ideologie füllt, eine Kombination, die die Spirale des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs verstärkt.

Chancen werden dann genutzt, wenn engagementbereite Menschen ausreichende öffentliche Unterstützung erfahren und sich alle öffentlichen Akteure (inkl. der Wirtschaft) vor Ort vernetzen. Man sollte sich jedoch vor Augen halten, dass eine stärkere emotionale Zuwendung der Ostdeutschen zum politisch-sozialen System der Bundesrepublik mit einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung nicht automatisch zu erwarten ist. Dennoch wäre das jedoch eine wichtige ideelle Voraussetzung zur Belebung der ostdeutschen Bürgergesellschaft. Viele wirtschaftlich erfolgreiche Ostdeutsche vertrauen jedoch dem bundesdeutschen System kaum mehr als weniger erfolgreiche. Identifikationsdefizite haben ihre Ursache auch in einer immer noch vorhandenen Tendenz zur pauschalen Abwertung der DDR-Geschichte, eine Sicht, bei der die meisten Ostdeutschen ihre Lebenserfahrungen und ihre differenzierte Wahrnehmung der DDR-Verhältnisse nicht wiederfinden.

Die geringe Neigung Westdeutschlands, mit und nach der Wiedervereinigung auf positive Anregungen aus der DDR-Geschichte einzugehen, hat eine anhaltende Verstimmung ausgelöst.

Viele Ostdeutsche nehmen eine zu unkritische Haltung vieler Westdeutscher gegenüber dem politischen und sozialen System der Bundesrepublik wahr. Sie sehen Schwächen der Parteiendemokratie, der Familienpolitik, des Kinderbetreuungs- und Bildungssystems, die Blockaden des Föderalismus und der Bürokratie sowie die Unfähigkeit, eine wachsende Unterschicht besser zu integrieren. Das trifft zwar auch auf Westdeutsche zu: Ostdeutsche sehen in diesen Mängeln jedoch mehr als Westdeutsche Hinweise auf ein tiefer gehendes Systemversagen und sie finden, dass sich die bundesdeutsche Demokratie in der Lösungsfähigkeit grundlegender gesellschaftlicher Problem selbst überschätzt. Oft glaubt man, die Verstimmung im Osten den Einheitsverlierer/innen zuschreiben zu müssen, aber viele Gewinner/innen sehen das neue Gemeinwesen nicht weniger kritisch. Eine kritische Einstellung ist an sich in der Demokratie legitim und kann sie sogar voranbringen. Trifft sie jedoch auf eine immunisierende Systemverklärung, die mit Hilfe einer Pauschalkritik an der DDR Mängel des neuen Gemeinwesens herunterspielen will, dann kommt kein sachlicher Dialog zustande.

Unabhängig von den Ost-West-Problemen ist Ostdeutschland angesichts seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der hohen Arbeitslosigkeit dennoch eine sozial erstaunlich gut integrierte Gesellschaft. Nur 10% der Ostdeutschen empfinden den sozialen Zusammenhalt in ihrem Lebensumfeld als schlecht oder sehr schlecht (West 8%), 56% dagegen als gut oder sehr gut (West 63%) (Rest: befriedigend). Die Freundes- und Bekanntenkreise sind in West und Ost etwa gleich groß, ebenso die Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen, dem Familienleben und der Partnerschaft. Die öffentliche (teilnehmende) Aktivität in der Infrastruktur der Zivilgesellschaft ist seit 1999 deutlich gestiegen und liegt nicht so sehr hinter Westdeutschland zurück, wie man nach den objektiven Wirtschafts- und Sozialdaten denken könnte. Was stärker zurückbleibt, ist der Schritt der Menschen in ein längerfristig gebundenes Engagement in der Zivilgesellschaft. Die objektiven Gründe dafür liegen auf der Hand, weitere, mehr subjektive sollten in diesem Beitrag angedeutet werden.

Autor

Dr. Thomas Gensicke ist Seniorprojektleiter im Bereich »Familie und Bürgergesellschaft« bei TNS Infratest Sozialforschung München.

Kontakt: thomas.gensicke@tns-infratest.com

Literaturhinweis

Thomas Gensicke, Thomas Olk u.a.: Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Wiesbaden 2009. 221 S., ISBN 978-3-531-16791-6

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de